Stadt Billerbeck z.Hd. Herrn Mollenhauer Postfach 1361 48727 Billerbeck



Ihr Schreiben vom 23.08.2013, Aktenzeichen 60 / ken sowie Anliegerversammlung zum Ausbau der Straßen im Wohngebiet Kerkeler am 16.09.2013

Betr.: Antrag der Anlieger der nördlichen Johannisstraße zwischen der Straße Kerkeler und der Annettestraße

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit beantragen wir, dass Sie bei der zukünftigen Festlegung der Prioritätenliste der in Billerbeck auszubauenden Straßen den Punkt a) und beim Ausbau des Einmündungsbereiches Kerkeler/ nördliche Johannisstraße den Punkt b) entsprechend berücksichtigen:

- a) Der endgültige Straßenausbau des o. g. Teilstückes der Johannisstraße soll erst dann erfolgen, wenn mindestens 80 % der hierdurch erschlossenen Grundstücke bebaut sind. Zurzeit sind erst 58 % erreicht, da bisher von 19 möglichen Wohngebäuden erst 11 Gebäude erstellt wurden (siehe Anlage 1). Wenn die übrigen Grundstücke bebaut werden, ist mit erheblichen Straßenschäden durch Lastkraftwagen zu rechnen. Gerade bei einer neu ausgebauten Straße ist ein hoher Wertverlust zu befürchten. Es ist also eine Vernunftregel, dass man abwartet, bis mindestens 80 % der Grundstücke bebaut sind.
- b) Der o. g. Einmündungsbereich soll beim anstehenden Ausbau der Straße Kerkeler so gestaltet und flächenmäßig reduziert werden, dass für die spätere Planung und den Ausbau des nördlichen Teils der Johannisstraße noch alle Optionen des Straßenquerschnittes (z.B. Mischungs-/ oder Separationsprinzip) möglich sind, ohne dass dieser Einmündungsbereich (ca. 100 m² = ca. 10.000 €; siehe Anlage 2) wieder umgebaut werden muss. Beispiele zu b):
- Erforderlicher Ausbau der zurzeit beidseitig geplanten Rundbordanlagen und der angrenzenden befestigten Flächen, wenn sich später bei der Vorstellung des Straßenbauentwurfes für die nördliche Johannisstraße die Anlieger für ein Mischungsprinzip entscheiden.
- Erforderlicher Umbau der Rundbordanlagen und der angrenzenden befestigten Flächen, wenn sich die Anlieger später zwar für ein Trennungsprinzip aber für einen Gehweg auf der Südostseite und nicht wie geplant auf der Nordwestseite entscheiden. Begründung: Auf der Südostseite liegen die Wohngebäude wesentlich dichter an der Straße.
- Ein Umbau wird ebenfalls erforderlich, wenn die Straßenbreite nicht wie geplant mit 7,05 m, sondern von den Anliegern wie im oberen Bereich zwischen den Flurstücken 35 und 50, mit 7,50 m festgelegt wird, bzw. wenn von den Anliegern eine Einbahnstraßenregelung mit einer geringeren Ausbaubreite als 7,05 m gewünscht wird.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag der Anlieger der nördlichen Johannisstraße

Berthold Schräer

Johannisstraße 2b

Michael Terfort Johannisstraße 1



